

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten zu 34 mm breite Zeilen...
1.50 Mark, Anzeigen nehmen an...
Sonntags und Montags 1 mal...
Postfach-Num. Leipzig Nr. 4609.

Im Hofe monatlich bei zweimonatlicher...
2.25 Mk., vierteljährlich 2.75 Mk...
1140, der Anzeigen-Abzug, Nr. 1133...
Nr. 1133, der Bezugs-Abzug, Nr. 1133.

Nr. 600.

halle, Donnerstag, den 23. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Handel und Wandel in Sowjet-Rußland.

(Von einem eben aus Rußland zurückgekehrten deutschen Ingenieur.)

Wie bekannt soll im kommunistischen Staat kein Unternehmervorteil und keine Spekulation existieren. Die Durchführung dieser Forderungen ließ sich indes in Sowjet-Rußland nur allmählich erreichen. Als erstes Opfer fielen die Banken, die schon im November 1917, etwa drei Wochen nach dem beschämten Umsturz, mit Erlaß beendet wurden. Im weiteren Verlauf wurden die industriellen Unternehmungen nationalisiert, d. h. konfisziert und dem „Obersten Rat für Volkswirtschaft“ unterstellt. Später kamen die verschiedenen Branchen des Handels dran, namentlich die Geschäfte mit beiden enden Warenbeständen, die alle einer der Sektionen des „Obersten Rates für Volkswirtschaft“ unterstellt wurden — natürlich ohne jede Entschädigung für den Verkäufer, dessen Bankkonto gleich mit konfisziert wurde.

Der Verkauf der Waren erfolgte nur mit Erlaubnisbescheinigung der betreffenden Sektion; für das Publikum war dieses gleichbedeutend mit der vollkommenen Unmöglichkeit, überhaupt etwas einzukaufen. Ich erinnere mich z. B., daß ich im Frühjahr 1919 mit ein Paar Messinghingen für die Zäune eines kleinen Wundschranke Kaufmann wollte. Ich gehe in ein mir wohl bekanntes Metallwarengeschäft. „Messinghingen? — Jawohl, in großer Auswahl, aber nur gegen Erlaubnisbescheinigung der „Sektion“ des „Obersten Rates für Volkswirtschaft“. Nun wurde mir die Sache interessant. Ich begehre mich in die „Sektion“. Hier empfängt man mich mit Höflichkeit. „Für wen, warum nun?“ Entschuldig, für private Zwecke. „Nun mir die Hängen nicht abgeben.“ Ich habe mich hinter einen persönlichen Bekannten, der in der Metallsektion einen höheren Posten bekleidet. Nach zwei Tagen telefoniert er mir: „Es tut mir sehr leid, aber wenn ich die Hängen selbst nötig hätte, würde ich auf den Einkauf verzichten.“ Späterhin habe ich, schon in amtlicher Eigenschaft, für einen mit unterstellten Betrieb einen elektrischen Ventilator beizubringen Konstitution zu kaufen; ich bezog mich auf alle nötigen Papiere und begehre mich in das Geschäft eines Reichsbediensteten, der die Kleinverteilung der Ventilatoren hat. Ich treffe auch schließlich den mir bekannten Geschäftsinhaber, doch lehnt ich ab, daß er sein Privatabkett mit einem mir fremden Herrn teilt, der sich dort offenbar sehr heimlich fühlte. Nachdem auch der Fremde verlassen hatte, fragte ich: „Wohi Ihr neuer Kompanion?“ „Mein“, sagt er, „mein Kommissar, mir zugeweiht von der elektrischen Sektion. Mein Kommissar ist notariarisiert, nur sind Staatsbeamte und bekommen keine Gehälter; aber natürlich kommen wir damit nicht aus, und darum spezifizieren (schreiben) wir gemeinsam ganz gewaltig.“ „Ja“, sage ich, „bis man Sie an die Wand stellen wird (d. h. erschießen).“ „Was wollen Sie, leben mich nicht, und wie Sie wissen, kann auch ich Rußland nicht verlassen.“

Ein Dorn im Auge waren der Regierung die öffentlichen Märkte, da sie aber sehr nur minimale Quanten an Lebensmitteln verteilte, mußte sie der Bevölkerung doch die Möglichkeit lassen, ihre Hungerkämpfe durch gegenseitigen Einkauf auf den Märkten zu erlegen. Bei vollkommener Vernichtung des Großhandels, bei horrenden Inflationen für die Handelspatente, Steuern und die Warenbeschaffung waren die Preise natürlich enorm; außerdem konnte man nie damit rechnen, daß man etwa Butter oder Mehl oder Fleisch usw. bestimmt finden würde, manche Kategorien von Waren fehlten oft ganz, und immer waren nur äußerst geringe Quantitäten vorhanden. Zu allen diesen Schwierigkeiten kam noch hinzu, daß die Regierung hin und wieder ihre frowernde Behandlung gegen die Art des Handels bekundete: die Märkte wurden umzingelt und bestimmte Kategorien der Waren den Händlern ohne jede Entschädigung abgenommen, namentlich Butter, aber auch Weizenmehl und andere gute Dinge. Den Kommissaren sind die Märkte ausgegangen, fast das Volk und sollte die Frau in der Tasche. — Wenn solche Arbeiten auszuführen waren, z. B. das Befolgen der von den Händlern angekauften Anlagen, wurden Militärabteilungen auf die Märkte geschickt mit der Befehl, etwa 250 Menschen aus dem Publikum zu diesem Zweck einzufangen und abzuführen. Dieser Kampf mit kleinen Mitteln wurde die ganze Zeit über geführt, bis Anfang August dieses Jahres der große Schlag kam: an einem Tag wurden alle Märkte umzingelt, alle Händler verhaftet und so, wie sie gingen und standen, in die Wälder zum Holzschlag abtransportiert. Heute, die werden nie ein Volk in Händen gehabt haben. Tags darauf wurden die noch vorhandenen Lebensmittel, wie Drageer, usw., die ihrem Charakter nach sich in den Bereich des „Obersten Rates für Volkswirtschaft“ nicht hatten eingekauft lassen, verweigert und ihre Verkäufer gleichfalls zu Zwangsarbeiten in die Wälder abgeführt. Die Regierung verständigt darauf eine Plötz im offiziellen Wälder. Die Vernichtung der Spekulation. Durch Schließung der Märkte und Abben ist es uns gelungen, 6000 Menschen, die von Spekulation lebten, zu nützlichen Arbeiten in den Wäldern heranzuführen.

Die wahre Spekulation mit Wertpapieren, Brillanten und Gold kann natürlich nur in den besten Fällen gesagt werden und wuchert in einer Weise, wie sie im bürgerlichen Staat kaum denkwürdig ist.

Sozialpolitischer Rückblick.

Die Demonstrationen der Arbeitslosen im Berliner Rathaus haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf die schwere Art der Erwerbslosigkeit gerichtet. Unter ihnen befinden sich zweifellos nicht wenige, die ohne eigene Schuld durch die Entwidlung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse aus ihrer Arbeitsstellung verdrängt wurden und nun auf die Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen sind. Es braucht andererorts gar nicht besprochen werden, daß zu dem dauernden Arbeitslosen auch viele zählen, die sich mit ihrem neuen Beruf als untergeordnete Arbeitsschritte ganz gut abfinden haben, die die Dauerunterstützung als eine willkommene Rente betrachten und die durch Nebenberuf und Geschäftsbetrieb ganz nett zu erhöhen verstehen. Aber ebenso viele, und besonders diejenigen, die eine große Familie zu ernähren haben, müssen doch als schuldlos und höchst bedauernswert Opfer der wirtschaftlichen Umwälzungen angesehen werden. Seit über zwei Jahren lastet die Beschäftigungslosigkeit nun auf einer Anzahl von Berufswegen besonders schwer, und je weiter die Weltentwertung fortschritt, desto weniger genigte die Erwerbslosenunterstützung zur Befriedigung der dringlichsten Lebensbedürfnisse, ganz abgesehen von der notwendigen Erneuerung der verschlissenen Kleidung und Wäsche. Und doch kann die Allgemeinheit die Kosten der Erwerbslosenfürsorge als eine völlig unproduktive Ausgabe schon heute nicht mehr tragen. Bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie hinein erkennt man, daß die nach sozialistischen Grundgedanken organisierte öffentliche Erwerbslosenfürsorge ein verhängnisvoller Fehler war, weil sie die Volkswirtschaft nur belastet, die Erwerbslosen aber dauernd nicht verjagen kann. Die politischen Bewegungen, die heute die Arbeitslosen für ihre Zwecke mißbrauchen, wissen natürlich auch nichts anderes vorzuschlagen, als immer wieder erhöhte Unterstützungen, Beihilfen und Geschenke. Sie verheimlichen jedoch, daß durch solche immer höhere Belastung der verschuldeten öffentlichen Kassen nur der Verdruß weiter herabgedrückt, der Warenpreis gesteigert und die Beschäftigungsmöglichkeit in verhängnisvoller Weise vermehrt wird. Ueber die produktive Erwerbslosenfürsorge ist zwar viel geschrieben worden, aber geschildert wurde bisher auf diesem Gebiete nur wenig. Auch jetzt liegt der Schmerz und Schmerz beruht in den Straßen Berlins. Niemand räumt ihn weg, während die Erwerbslosen vor dem Rathaus demonstrieren. Es hat weder Zweck, die Erwerbslosen auf die Straße zu schießen, noch die Arbeit auf die Märkte zu verschütten. Nur in der Beschäftigung der schuldlos Erwerbslosen und Arbeitslosen durch produktive Arbeit irgend welcher Art liegt die Lösung des Arbeitslosenproblems, an dem heute ja nicht Deutschland allein krankt.

Doch auch in dieser Zeit der Not die Zahl der Streiks noch immer außerordentlich groß ist, ist eine allerbekannteste Tatsache. Das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranschlagt kürzlich ein Jahres-Streikstatistik, die nicht weniger als 3664 Arbeitsstellungen mit 764 400 Streikenden aufweist. Hier von werden 3378 Streiks mit 636 066 Beteiligten als Angliststreiks bezeichnet. Trotzdem man nun sagen, daß die Anglisten einer beginnenden Weltwirtschaft auch im sozialen Kampfe unüberwindbar sind. In der Hoffnung der Kaufleute, der Berliner Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes, fand in diesen Tagen eine Abstimmung statt, bei der Unabhängige und Kommunisten ihre Kräfte maßen. Die Unabhängigen verfügten schließlich über eine geringe Mehrheit, da 30 000 kommunistische Stimmen 31 000 unabhängigen gegenüberstanden. Das ist gewiß nur eine kleine Jussultemöglichkeit. Aber viel beachtenswerter ist, daß fast zwei Drittel der Mitglieder an der Abstimmung trotz schärfster Agitation beider Parteien überhaupt nicht teilnahmen. Diese Nichtwähler sind gewiß keine Kommunisten, vielleicht in der großen Mehrheit auch keine Unabhängigen. Wenn es so bei den Berliner Metallarbeitern steht, dann kann man wohl sagen, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft der kommunistischen Lehre gegenüber noch immer eine erfreuliche Widerstandskraft bewahrt.

Strefemann und Dr. Cremer.

Auf dem Münchener Parteitag der Deutschen Volkspartei hat sich ihr Führer Dr. Strefemann in sehr vorzüglicher Weise und nur ganz allgemein über die Stellung seiner Partei zur Monarchie geäußert. Er sagte u. a.: „Wir alle in Deutschland stehen heute, ob wir wollen oder nicht, auf dem Boden der Verfassung von Weimar, ein anderer Boden ist nicht vorhanden. Wir wissen ferner, daß eine Veränderung der Staatsform im Reiche in diesem Augenblick nur möglich wäre durch einen Bürgerkrieg. Bei aller Hochschätzung der Staatsform und bei aller Liebe und Treue zum Gedanken des Kaiserturns stehen uns das Volk und seine Entscheidung höher als die Form des Staates. Wenn die Monarchie wiederkehrt, was wir hoffen, dann muß sie kommen, gerufen vom Willen des deutschen Volkes.“

Weshalb Herr Strefemann diese vorrichtige, das eine behauptende und das andere nicht vermeinende, Form der Äußerung gewählt hat, ist aus der bekannten tatsächlichen Erklärung des Deutschen Volkspartei ohne weiteres ersichtlich. Diese schmerzliche Form scheint aber seinem Fraktionskollegen Dr. Cremer, dem volksparteilichen Abgeordneten unseres Wahlkreises, nicht zu passen. Er ist deutlicher geworden und hat sich kürzlich in Dortmund folgendermaßen äußern lassen:

„Aus München habe ich die Hoffnung mitnehmen können, daß wir in absehbarer Zeit all der großen Schwierigkeiten, in denen wir uns heute befinden, Herr Strefemann, der die Gedanke zum Ausdruck gebracht hat, daß der deutsche Kaiser und das Deutsche Reich einst von Dortmund und Essen nach Deutschland zurückgebracht werden wird.“

Es ist nicht schwer, jene Kreise in München zu erraten, auf deren Ansicht sich Dr. Cremer beruft. Doch man aber gerade Dortmund und Essen, diese von gewaltigen Arbeitermassen bevölkerten Industriestädte, zum Ausgangsort der Rückkehr der Monarchie auserwählt, zeigt, daß bei Dr. Cremer und Genossen der Gedanke an einen Bürgerkrieg fernelei Ebenen hervorgerufen scheint. Ebenso scheint Herr Doktor Cremer, trotzdem er im Reichstage die Koalitionspolitik mitmacht und seine Partei auch für Preußen die republikanische Verfassung angenommen hat, seine eigenen Wege zu wandeln.

Reichsminister Dr. Simons und die U. S. P.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, spricht sich das Verhältnis zwischen der U. S. P. D. und dem Reichsminister des Reichens, Dr. Simons, immer mehr zu und es scheint, als ob die Stellungnahme des Ministers Doktor Simons in der Einwohnererfrage zugunsten der Regierung von Jahr die Hauptursache dieser ernstlichen Vermittlung ist. Man wird nicht wohl sehen in der Erwartung, daß die Interpellation der Unabhängigen, die in einer Kollision des Reichstages erfolgen wird, eine große Debatte über die Stellung des Reichsministers des Reichens zur Regierung führen nach sich ziehen wird, und es ist daher auch nicht ausgeschlossen, daß Dr. Simons sich aus diesem Anlaß veranlaßt sehen könnte, die Vertrauensfrage zu stellen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet ferner, daß in den letzten vertraulichen Aussprachen die bürgerliche Einwohnererfrage im Vordergrund der Diskussion gestanden hat. Trotz der dringenden Wünsche der Abgeordneten ist der Inhalt dieser Note von der Reichsregierung bisher streng geheim gehalten worden und alle darauf abzielenden Mitteilungen beruhen lediglich auf Kombinationen. Richtig ist nur, daß die Veröffentlichung des Wortlauts der Note in allenfallsiger Zeit erfolgen wird.

Reichsminister Dr. Simons und die U. S. P. Bergbauangestellten.

Stark beachtete Versammlungen von Grubenarbeitern in Rattenberg, Brixen, Glanbach, Wanne haben den für die 1921 Bergbauangestellten des Kaiserreiches geschlossenen Schiedspruch abgelehnt. Hierbei beruht auf den technischen Bergbauangestellten eine hochgradige Zustimmung. Am Montagabend ist eine Abordnung sämtlicher Organisationen der technischen Bergbauangestellten nach Berlin abgereist zu dringenden Vorstellungen im Reichsarbeitsministerium, den Schiedspruch einer wesentlichen Änderung zu unterziehen. Wenn eine Änderung nicht eintritt, ist bei der entfallenen Zustimmung der Grubenarbeiter die Abschaffung des Schiedspruches bei den heute stattfindenden Versammlungen der Schiedspruchverweigerer der Organisation gewiß, mit ein Streit der technischen Bergbauangestellten.

Tagung des Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverbandes.

Der Allgemeine Deutsche Knappschaftsverband hat seine Hauptversammlung in Regensburg abgehalten, um zu der Schaffung eines Reichsknappschaftsverbandes und eines Reichsarbeitsvereins Stellung zu nehmen. Die Arbeitnehmer fordern, daß der Reichsknappschaftsverband die Organisation von 4-6 März gewährt werden. Weiter verlangen sie eine Erziehungsbefähigung für die Kinder der Unzulassen und eine Alterspension für diejenigen, die mindestens 25 Jahre auf Bergwerken beschäftigt waren, bei einem Lebensalter von 50 Jahren. Auch wird Kindergeld für die Kinder dieser Alterspensionempfänger gefordert, das dem Witwenpension in höherem Maße als bisher und eine ausreichende Erziehungsbefähigung. Ueber die Forderung der obligatorischen Versicherung nach einem gewissen Lebensalter und Dienstalter wurde man sich auf der Regensburger Tagung noch nicht einig. Im Schluß der Hauptversammlung wurde noch eine Erklärung angenommen, die zwischen soll, die Freizügigkeit der Saar-Bergarbeiter sowie der Bergarbeiter aus den angrenzenden deutschen Bergrevieren herzustellen. Die vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter und Christlicher Metallarbeiter unterzeichnete Erklärung hat folgenden Wortlaut: Die unterzeichneten Organisationen fordern die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit für die Mitglieder der Knappschaftsvereine des Saargebietes. Mit Rücksicht darauf, daß hierfür das Verbleiben der Knappschaftsvereine des Saargebietes im Rückversicherungsverband und im Deutschen Knappschaftsverband notwendige Voraussetzung ist, erklären die Unterzeichneten im Auftrag ihrer Mitglieder, daß sie sich für weiteres Verbleiben im Rückversicherungsverband und im Deutschen Knappschaftsverband eignen. Nach Schaffung des Reichsknappschaftsverbandes muß dieser in die Rechte und Pflichten des Rückversicherungsverbandes und des

Allgemeines Deutsches Knappschaftsverbandes den Saarknappschaftsvereinen gegenüber eintreten, falls ein Zuliegen dieser Vereine in den Reichsknappschaftsverein nicht möglich sein sollte. Die Einführung der Krankenversicherung bei den Saarknappschaftsvereinen dürfte dem Verbleiben beim Ruderversicherungsverband nicht im Wege stehen.

Die Demokraten und die braunschweigische Verfassung.

Im braunschweigischen Landtage wurde bei der Staatsberatung ein Reformprogramm besprochen, das in der Presse als Programm der braunschweigischen Regierung verbreitet wurde. In diesem Programm, das vollkommen tabular-gestaltet ist und sich in vielen Punkten mit der Reichsverfassung nicht vereinigen läßt, steht u. a. aus, daß die Beamten abgestellt werden sollen und weitere Beamten nur im Wege des Privatdienstvertrages angenommen werden sollen. Diese Bestimmung ist sehr interessant. Sie entspricht dem Entwurf des Reichsprogramms der Sozialdemokratie, die sozialdemokratischen Agitatoren pflügen aber in Wahlversammlungen abzufragen, daß sie solche Pläne hegen. Es ist daher begreiflich, daß der Weichselsozialistische Minister Antritt in der Öffentlichkeit von dieser Forderung abriet und in einem Zwischenruf bemerkte, daß das Programm nur eine Fortarbeit des unabhängigen Ministerpräsidenten Deterfeld sei. Es besteht kein Zweifel, daß die Demokraten von dem Aufschwung dieser Bestimmung energisch abriet und verlangen, daß die braunschweigische Verfassung sich an die Reichsverfassung anlehnen müsse.

Sozialdemokratische Quertreibereien gegen den Reichspräsidenten.

Seit die Sozialdemokratie sich der Mitverantwortung in der Reichsregierung entzieht, erachtet ihre Agitation immer mehr. Jetzt findet sich sogar ein jehudischer Genosse, der eine Sprengmine gegen den Reichspräsidenten Ebert legt, obwohl dieser seiner eigenen Partei angehört. Die „Mündener Post“ vom 20. Dezember bringt eine Zuschrift aus Berlin, in der gesagt wird, die Koalitionsparteien wollten Herrn Ebert als Ländchen benützen. Das sei ein Armutsgewinn der bürgerlichen Parteien, die offenbar keinen anderen Bewerber hätten und nicht in der Lage seien, eine geeignete Persönlichkeit vorzuschlagen. Dieser Angriff des sozialdemokratischen Wortführers richtet sich natürlich nur scheinbar gegen die bürgerlichen Parteien, in Wahrheit möchte man Herrn Ebert als Ländchen benützen. Auch das Münchener Blatt sollte wissen, daß die Personennamen bei der Reichspräsidentenwahl nicht unüberwindlich sind. Über aus sachlichen Gründen sind die Koalitionsparteien der Auffassung, daß man vor der obersteinsten Wahlprüfung der preussischen Landtagswahlen und der Neubildung der preussischen Regierung die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht aufwerfen solle. Darin drückt sich zweifellos ein gewisses Vertrauen für den gegenwärtigen Reichspräsidenten aus, dessen Person allerdings allgemeine Achtung genießt. Man fragt sich vergeblich, welches Interesse die Sozialdemokratie haben könnte, in dieser Frage jetzt Verwirrung zu stiften. Entweder will der Weichselsozialistische Ebert jehuden, oder er verfolgt irgendwelche Zwecke der sozialdemokratischen Agitation. In jedem Falle stellt er der sozialdemokratischen Disziplin ein peinliches Verstoß aus.

Deutsches Reich.

Die Reichsregierung bei Liebesgaben. Vom Reichlichen Staatsministerium wird der „Dona“ mitgeteilt: Die zuständigen Ministerien haben verfügt, daß die allgemeine Reichsregierung bei allen Liebesgabenbewerben, die Rücksicht auf die Vermögensgrenze nicht mehr vorgenommen werden soll. Im Interesse des Empfängers liegt es aber, daß die Vermögensgrenze, die u. a. in den Vereinigten Staaten nicht üblich ist, auch bei einer Liebesgabenbewerben weiter erfolgt. Die Zollbehörden sollen deshalb die Sendungen aus trichinenfrei gewaschenen Schweinefleischwaren im frischen oder zubereiteten Zustande prüfen und zur Unterlegung auf Trichinen der zuständigen Behörde oder dem nächsten erreichbaren Schiffsarzt oder Trichinennasser überweisen. Trichinienfrei Schweinefleisch wird sorgfältig geprüft, gemacht und dem Empfänger dann sofortig zugestellt.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Freitag, den 4. Dezember. Inhalt: Spinnmeyer'sche. Roman von Fritz G. u. H. r. - Wie ich mit einem Richter freundschaftlich. Eine halbe Weichselsozialistische von Max T. r. u.

Lieb Vaterland.

Von Hans Bauer.

(Nachdruck verboten.)

Einige der Kongreßdeputierten nahen nach der Tagesarbeit bei ein paar Flaschen Wein zuhause nach der Franzose, der Engländer, der Italiener, der Spanier, der Russe, der Amerikaner und der Deutsche.

„Glauben Sie nicht“, fragt der Franzose gelegentlich in die Unterhaltung ein, „hätten Sie sich vor, meine Herren, daß in der Hauptstadt Ihres Landes am heiligsten Tage an einem Kinde ein Luftdruck verübt worden ist. Der Vater wird von dem empfinden Menge gerade noch erwischt, von ihr fortgeschleppt und an einer etwas abseits gelegenen Stelle an einem Strick, den man schnell bei einem Seiler gekauft hat, aufgehängt. Aber der Strick reißt, und der Mörder fällt lebend auf den Boden zurück. Was glauben Sie nun, daß Ihre Wohlgegnen jetzt tänen?“

„Meine Wohlgegnen“, antwortet der Engländer, „würden zweifellos die Welt in einem stürzenden Strid zum zweiten Male aufhängen.“

Der Italiener wog bedenklich den Kopf: „Ich halte dafür, daß der Horn des Italieners bis zum Klagen des Strides sich immerhin so sehr abgehärt hat, daß er nunmehr den Strick dem Gehe aufhängt.“

„In Spanien“, sagte der Vertreter dieses Landes, „würde man das Herrschen des Strides als Belohnung an einen Gottesknecht darin erschiden und den Gefängnis lau er lassen.“ Der Russe meinte gefächelt, daß in seiner Heimat die Seilerwaren so unerfindlich teuer seien, daß man der Welt wegen in solchen Fällen mit Stricken arbeiten müßte, wobei es zu derzeitigen Zwischenfällen kaum kommen könnte.

„Bei uns“, war nun der Amerikaner an der Reihe, „würde

Annahme des Schiedspruchs im Handwerk. Zum Reichstisch im Handwerk teil der Deutschen Handwerker-Verein der „Dona“ mit, daß sowohl die beiden Angestellten-Organisationen als auch der Reichsverband der Handwerker den am 9. Dezember gefällten Schiedspruch angenommen haben. Die Arbeitgeber haben jedoch daran die Bedingung geknüpft, daß es bei der bisherigen Säule der Überlieferung vergütung verbleibe, und daß die Zusatzbedingung nur den berechtigten Angestellten befristet werde. Der Schiedsrichter sieht die Zahlung dieser Zulage auch an letzte Bedingung, die als einzige Ermäßer eine gesetzliche Unterhaltungs-pflicht von Familienangehörigen überläßt.

Der Sturz des hannoverschen Oberbürgermeisters. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ewert von Hannover ist zurückgetreten; er sah in einem Beschluß der städtischen Kollegien, dem auch die Demokraten zustimmten ein Mißtrauensvotum. In Hannover war eine Wirtschaftsgenossenschaft gegründet worden, die hannoversche Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen hatte. Der Magistrat hatte ein Darlehen von 20 Millionen dazu hergegeben, ohne die städtischen Kollegien zu befragen. Die Demokraten verlangten nun, daß vor der Bewilligung durch die Kollegien eine Kommission zur Prüfung der Sachlage der Wirtschaftsgenossenschaft eingesetzt werden sollte. Ewert bestand merkwürdigerweise auf der Beibehaltung vor der Prüfung durch Sachverständige. Das Vorgehen des Oberbürgermeisters mutet sonderbar an. 20 Millionen sind auch in unserer Zeit, die mit Milliarden rechnet, kein Vermögen. Man kann vermuten, daß Ewert sich nur einen guten Abgang aus unsicher gewordener Stellung sichern wollte.

In der Unterlegung wegen der Denkmalsreinigung in Kattowitz haben die Ermittlungen jetzt zu den ersten positiven Ergebnissen geführt. Bei einer Hausdurchsicht in Solenz wurden bei einem der Tat verdächtigen Mann Handgranaten, selbstgefertigte Bomben, Zündschnüre und Waffen gefunden. Der Mann wurde verhaftet. Bisher wurden vier Personen festgenommen.

Ein eigenartiges Wahlverfahren. Der lippsche Landtag hat beauftragt den besonderen Verhältnissen Tipples, dessen Bevölkerung zum großen Teil aus Landarbeitern besteht, dadurch Rechnung getragen, daß es die Wahlen auf Grund von Wahlziffern vornehmen läßt. Inhaber von Wahlziffern, die am Wahltag außerhalb des Landes sind, legen ihren Stimmzettel ein und werden nicht unter die Wähler des Wahlkreises an den Ortsvorsteher. Das dürfte ein Verfahren sein, was außer in Lippe nirgendwo eingeführt ist, da überall sonst der Wahlberechtigte persönlich erscheinen und seinen Stimmzettel abgeben muß.

In der Weichenbewegung laufen zwei Richtungen nebeneinander, die eine, die im wesentlichen dynamisch eingestellt ist und den Landesänderer, der jetzt eine so unerhörte Geldforderung für seine Abfindung gestellt hat, wieder auf den Thron setzen will, die andere, die sich zum großen Teil auch auf die demokratisch gestimmte Bauernschaft stützt, denen die Rückkehr der Weichen schädlich ist, die aber nach dem Grundrecht nicht nach Recht bleiben, die Bestätigung von Preußen verlangt und einen selbständigen niederländischen Bundesstaat anstrebt. Bei diesen verschiedenen Richtungen ist es begreiflich, daß der Ausschluß der „Deutsch-hannoverschen Partei“ - so nennen sich die Weichen offiziell - die Frage der Staatsform eines selbständigen Niederländens in einer programmatischen Erklärung vom 18. Dezember nicht berührt. Nach dieser Erklärung betonen sich die Deutsch-hannoverschen zum Reich, sie erstreben ein neues, freies, demokratisches, alle Deutschen umfassendes Reich, mit einer festen Reichsgemeinschaft auf föderalistischer Grundlage unter Wahrung des Stammesgedankens. Ebenso energisch wird aber die Lösung von Preußen verlangt, und zwar auf Grund einer Volksabstimmung nach Artikel 18 der Reichsverfassung. Wie eine solche Abstimmung ausfallen wird, ist allerdings zweifelhaft. Sie wird im wesentlichen von der Haltung der Sozialdemokraten und den Stimmen Ostprelens abhängen, das beauftragt sich vor einem Jahrhundert dem hannoverschen Staat zugeschlagen wurde und dessen Bevölkerung sich weitgehend bis vor kurzem gegen die Trennung ablehnend verhielt.

Krümmung der Eisenbahnen. Die Großorganisationen der Eisenbahnen, der Allgemeine Eisenbahnenverband, der Deutsche Eisenbahnenverband, die Reichsgesellschaft deutscher Eisenbahnen und Anwärter, sowie die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnen und Staatsbediensteter erwählen auf-

ruft, in welchem erklärt wird, daß die letzten Wünsche des Reichstages den Ansprüchen der Beamten auch nicht in entferntester Rechnung tragen. Die Organisationsstellen wollen alle Verantwortung, lächelten erschöpfen. Gleichseitig hat die Reichsgewerkschaft die Abkräftigung beschlossen. Es ist jedoch unrichtig, wenn gemeldet wird, daß diese Abkräftigung bereits zu Verhandlungen stattfinden oder bereits der Weichenbewegung von einem Staat herabstürze würde. Die Zeitung der Reichsgewerkschaft hat den Zeitpunkt der Abkräftigung noch nicht bestimmt. Wenn es zu einer Abkräftigung kommen wird, so darf man von dem Verantwortungsgesühl der Beamten erwarten, daß sie sich gegen einen Streik aussprechen.

Auslands-Rundschau.

König Konstantin ist von dem Korrespondenten des „Express“ interviewt worden und hat dem Ausleger mitgeteilt, daß er persönlich gern bereit sei, Benizelos zurückzurufen, aber es müßte sich erst zeigen, daß das griechische Volk die allgemeine Antipathie überwinden habe. Der König versichert noch mehr, daß er die Absicht habe, die einseitige Außenpolitik fortzusetzen. Was Kleinasien anbelangt, so werde Griechenland's Haltung von der Politik der Großmächte abhängen. Konstantin ist auch bereit, der Entente Garantien für seine zukünftige Politik zu bieten. Er habe aber keineswegs die Absicht, abzutreten.

Kemel Pascha hat nunmehr ein Abkommen mit den Russen geschlossen. Es wurde eine Rundgebung Kemals veröffentlicht, in der er sich grundsätzlich zum Bolschewismus bekennt und die Aufhebung des Eigentums der Christen und der Muslimen verurteilt. Drei russische Offiziere bezichtigt werden, haben Kemal in der Front- und Militärverwaltung unterlassen. Die Regierung in Anzora hat der türkischen Kommandierung den Treueid geleistet. Aus getrennt über Smyrna in Athen eingetroffenen Meldungen geht hervor, daß unter den Kemalisten über die föderliche Niederlage der Franzosen eine große Begeisterung herrscht.

Der Wästerbund beruft auf den 21. Februar 1921 nach Barcelona eine internationale Konferenz von Vertretern der Wästerbündnisse zur Besprechung internationaler Transportfragen ein. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, diese Konferenz durch einen Delegierten der Schweiz zu befehlen.

Die ungarische Regierung hat die Begegnung der aus politischen Gründen zur Internierung Verurteilten beschlossen. Die Freilassung der Internierten dürfte im Januar nächsten Jahres in Form einer Amnestie-Beratsung erfolgen. Diese soll sich in erster Linie nur auf jene Praktiker erstrecken, die nur wegen irgendwelchen politischen Verstoßes angeklagt worden sind.

Hochschulnachrichten.

Dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Berlin Prof. Dr. med. et phil. Peter H. n. a. ist ein Schrotkrug zur Bekämpfung der pestösen Kollektivgenie in ihrer Anwendung auf Biologie und Medizin erteilt worden. - Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter G. o. c. a. in Leipzig hat den vor einiger Zeit an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte in Bonn als Nachfolger Friedrich v. Bogdolskis abgelehnt. - Aus Gießen scheidet man aus: Der Studienrat am Realgymnasium in Gießen und außerordentliche a. a. Professor für Neues Testament an der dortigen Universität Dr. phil. Oskar Polgmann tritt am 31. Dezember 1920 in den Ruhestand. - Drei neue Privatdozenten haben sich an der Universität J. d. i. habilitiert: Dr. med. Herbert S. e. g. u. n. d. b. Zahnärzt am pathologischen Institut, als Privatdozent für Pathologie und histologische Anatomie, Dr. med. Hermann Haberland, Militärarzt der chirurgischen Klinik Augustapital, als Privatdozent für Chirurgie, und Dr. phil. H. e. j. e. n. als Privatdozent für Physiologie. - Der Direktor der Universitätsbibliothek in Freiburg i. B., ord. Professor für philologische Hilfswissenschaften Dr. Emil J. a. c. o. b. s., hat einen Ruf als Direktor der Universitätsbibliothek in Leipzig erhalten. Direktor Jacobs hat erst kürzlich einen Ruf nach Wittenberg abgelehnt. - Ernannt wurde der a. o. Professor Dr. Friedrich v. d. Leyen in München zum ordentlichen Professor in der philol. Fakultät der Uni-

man vor das Geißel des betrügerischen Seilers stellen, ihn mißgünstig und Worten abschließen, ob auch bei ihm der Strick reißt.

„Und Sie, Herr Deutscher?“ Der Deutsche fuhr bedenklich über seine Stirn. „Am In Deutschland...“ „Ja...“ Um die Frage beantwortet zu können, müßte ich mir erst noch ein Wortchen erwählen. Es käme sehr darauf an, ob über den Vater sonst noch manches bei seinen Angehörigen bekannt ist. Zum Beispiel: Sagen Sie mal: Ist der Aufständer etwa außerdem noch Jude und Kapitalist?“

Grüne Weihnachten in Sicht.

Wenn nicht alles trügt, wird fast der erwarteten weichen es wieder einmal, wie meist, grüne Weihnachten geben. Noch um die Wende der Woche herrscht in ganz Mitteleuropa und Ostpreußen Frostwetter, und die strenge Kälte hätte sogar auf Neuseeland und Südamerika übergezogen, wo am vergangenen Sonntag eine für die diesmaligen Gezeiten ungewöhnlich strenge Kälte mit Temperaturunterschieden von 10 Grad C. unter Null registriert worden ist. Ein zweites Kältezentrum hat sich im Inneren Nordjapans; Ostasien weiche bei einem Barometerstand von 791 Millimeter Höhe - 17 Grad C. Kälte ist das Maximum jedoch unerkennbar in Berlin begriffen; es weicht, wenigstens für Montag früh noch ein Sattel hohen Luftdrucks über ganz Mitteleuropa und Westasien ab, höherwertig unter Abnahme seiner Höhe zurück, und infolge dessen fällt überall in Deutschland das Barometer ziemlich rasch. Zwischen Schottland und Island oder ist ein ansehnliches sehr ausgeglichenes Minimum unter 745 Millimeter erziele erschienen, das auf den britischen Inseln bereits mittels Regenmeter und Temperaturer bis zu 9 Grad C. Wärme bemerkt ist. Nachdem in Norddeutschland, namentlich im mittleren Bismarckland, die Nacht zu Montag in die Abkühlung des Himmels noch einmal heftige Kälte mit Temperaturen bis zu 12 Grad C. unter Null geschickt hatte, liegt im Laufe des Tages das Quecksilber langsam empor, und der Wind dreht sich von Osten über Südosten rasch nach Süden. Die zu erwartende Abkühlung bei neuen atlantischen Tiefen, das die Ursache dieses für ansehlichen Umwälzungen der Wetterlage ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach rasch zu neuen Niederlagen führen, die

Miniaturpfeifen für Damen.

Die Engländerinnen begnügen sich heute nicht mehr mit der Zigarette, die vor wenigen Jahren noch im Munde einer „Lady“ eine Unmöglichkeit gewesen wäre. Als kürzlich ein Mitarbeiter des Londoner „Evening Standard“ an einem Festessen in einem der tranzgebenden Restaurants teilnahm, hatte er als Tischgespräch eine Dame, die in den interesselosen Londoner Bonden eine fahrende Rolle spielt. Als der Kaffee serviert wurde, lehnte die Dame die ihr angebotene Zigarette mit den Worten ab: „Ich habe jetzt keinen Raum für die Zigarette bezücker. Ich rauche Pfeifen. Und ich habe mich überzeugt, daß Pfeifen, daß andere Frauen mich nicht als gewöhnlich angesehen. Ich rauche Tabak natürlich bei der Bekämpfung einer pfeiferauchenden Frau, aber wenn ich auch daran geübt habe, merdet ihr zugeben müssen, daß die Pfeife im Munde einer Dame ungehörig häßlicher und anmutiger wirkt als die wenig laudere Zigarette.“ Die Dame zog darauf aus ihrem Pompadour eine winzige Goldpfeife, die reiden Goldschmiedsart anmies und in ein Mundstück aus Elfenbein auslief. Einem nicht minder winzigen Weichseler entnahm sie dann eine Pfeife Tabak, den sie in die Miniaturpfeife stopfte. Dieser Tabak mochte das besondere Interesse des Zuhörenden. Es war ein „Royal“, der für den Gebrauch von Damenpfeifen aus erziele ist. Mütter von Virginia sind hergestellt. In London gibt es ein Geschäft, das ausschließlich für Damen bestimmte Pfeifen herstellt und den dazu gehörigen Tabak verkauft. Die Pfeife sagt etwas mehr Tabak als eine gewöhnliche Zigarette.